

16. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

137. Sitzung

Mittwoch, 16. Dezember 2020

TOP 14

**„Gesetz zur Einführung eines Lobbyregisters
(Lobbyregistergesetz)“
Drucksache 16/9360**

Rede von

Nicole Razavi MdL

Parlamentarische Geschäftsführerin und stellvertretende
Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion

Es gilt das gesprochene Wort!

Abg. Nicole Razavi MdL (CDU): Werte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nach dem Gekabbel der beiden Fraktionen, die am meisten im Bremserhäuschen sitzen, möchte ich mal wieder zur Sache zurückkommen.

Ich hoffe, wir sind uns einig, es gibt keine gute und keine schlechte Interessensvertretung. Mit solchen gedanklichen Schubladen sollten wir als Volksvertreter auch nicht hantieren. Aber gerade diese Unterscheidung sieht der Gesetzentwurf der SPD vor, nämlich bestimmte Interessensvertretungen von der Registrierungspflicht auszunehmen. Das lehnen wir ab.

Ich frage mich schon: Wollen Sie maximale Transparenz oder wollen Sie sie nicht? Wir wollen sie auf alle Fälle, das sage ich hier im Haus einmal ganz deutlich.

Deswegen, verehrter Herr Kollege Gall – jetzt ist er gar nicht da; in der Presse äußert er sich –, finde ich es schon eine ziemliche Unverschämtheit, dass Sie der CDU vorwerfen, wir würden auf Zeit spielen.

Gucken wir mal genau in die Sache hinein. Ans uns liegt es ganz gewiss nicht. Wir haben einen klaren Vorschlag zur Änderung der Geschäftsordnung gemacht. Wir haben einen Vorschlag für einen Gesetzentwurf gemacht – transparent, schlank und handhabbar. Und wir hätten heute gut entweder die Geschäftsordnung ändern oder schon die erste Lesung zu einem gemeinsamen Gesetzentwurf machen können. Wer das nicht wollte, waren Sie – wir schon.

Das Problem an Ihrem Gesetzentwurf ist: Sie sehen wohl die große Linie, aber es ist einfach nicht durchdacht. Unser Ziel ist es, dass jede Organisation und jeder Verband, der Interessen gegenüber dem Landtag und der Landesregierung vertreten will, sich registrieren lassen muss. Ausnahmen gelten nur für die Bereiche, die grundsätzlich geregelt sind, nämlich Kirchen, Presse, Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmervertreter etc. Leider wollten Sie unseren Vorschlag auf eine so umfassende Transparenz nicht mittragen.

Ich möchte nur einmal auf zwei Punkte eingehen, bei denen unsere Positionen meilenweit auseinanderliegen.

Stichwort Ordnungswidrigkeiten: Immer wieder wird gefordert, dass Interessenvertreter bei falschen oder unvollständigen Angaben ihrer Daten ein Ordnungsgeld von bis zu 50.000 Euro zahlen sollen. Ich frage mich: Wen trifft eine solche Regelung? Herr Kollege Weirauch, es trifft Ihre Mannheimer Turn- und Sportgesellschaft 1899, weil sie z.B. im An-

schluss an eine Mitgliederversammlung vergessen hat, die gewählten Vorstände dem Landtag zu melden. Oder, Herr Kollege Gall, es trifft den Kreisfeuerwehrverband Heilbronn, weil er vergessen hat, die geänderten Mitgliederzahlen durchzugeben.

Das heißt, eine Ordnungswidrigkeit trifft genau die, die sich nicht wie die großen Verbände teure Anwälte leisten können, sondern die, die ehrenamtlich arbeiten, die wir dringend brauchen und die sich vor lauter Sorge, etwas falsch zu machen, eben nicht mehr bei uns melden werden.

Stichwort Wahlkreisarbeit: Man darf sich nur noch mit Themen melden, die zwei bis drei Wahlkreise betreffen. Allein schon bei mir im Filstal würde das bedeuten: Wenn jemand, der von Geislingen nach Stuttgart mit dem Zug fährt, sich bei mir über unpünktliche Züge beschweren will, betrifft das allein schon fünf bis sechs Wahlkreise. Eine solche Regelung ist also überhaupt nicht praktikabel.

Letztes Beispiel: Um von der Registrierungspflicht betroffen zu sein, muss es sich um landesweite Themen handeln. Dazu sage ich nur: Wenn mein Turngau Staufen mit mir über den Solidarpakt Sport reden will, dann ist das ein landespolitisch relevantes Thema. Oder wenn die betreffende Ortsgruppe im Wahlkreis von Herrn Katzenstein sich für ein besseres Radwegenetz einsetzt, dann ist das auch ein landesweit relevantes Thema. Insofern sehen Sie schon, dass das, was Sie vorgeschlagen haben, nicht praktikabel ist, wenn wir das hohe Gut des freien Mandats und die Ansprechbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Das tun wir auf alle Fälle.

Eine Registrierungspflicht ist wichtig, aber bitte mit großer Transparenz und nicht so, dass zwischen Bürger und Mandatsträger letztlich so hohe Hürden aufgebaut sind, dass die Menschen uns nicht mehr erreichen. Das darf uns nicht passieren.

Vielen Dank.